

Sprecher:
Helmut Jacob
Am Leiloh 1
58300 Wetter
www.gewalt-im-jhh.de

Pressesprecher:
Klaus Dickneite
Tel.: 0511 514951
Tel.: 0173 6220200
e-mail kdickneite@t-online.de
25. 01. 2009

Frau
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
Telefax: 0 30 1 84 00 - 2357

Runder Tisch zur Aufarbeitung der Gräueltaten und Verbrechen an Heimkindern und Jugendlichen zwischen 1945 und 1980

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!

Mit Erschütterung nehmen wir eine Pressemitteilung aus der „taz.de“ vom 12. Januar 09 zur Kenntnis, in der es u.a. heisst:

„Auf Bund und Länder könnten Entschädigungsforderungen in Milliardenhöhe von ehemaligen Heimkindern in Deutschland zukommen. Doch Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) scheint eine Debatte über diese Forderungen schon im Vorfeld verhindern zu wollen. In einem der taz vorliegenden Brief an Berlins Bildungsminister Jürgen Zöllner (SPD) schreibt sie: "Die Einrichtung eines nationalen Entschädigungsfonds wird von Bundestag und Bundesregierung nicht angestrebt."

Es ist nicht nur Meinung der Freien Arbeitsgruppe JHH 2006, die sich mit den Verbrechen an schwerstbehinderte Kleinkinder und Schulkinder zwischen 1947 und 1969 auseinandersetzt, sondern auch Meinung hochrangiger Wissenschaftler und Vertreter zahlreicher Opferverbände, dass dieses Gedankenwerk Ihrer Ministerin die Absichten des Petitionsausschusses vom 26.11. und des Bundestages vom 04.12.2008 konterkariert. So hieß es u.a. in der Presse:

Keine Petition habe den Ausschuss in den letzten Jahren so beschäftigt, wie das Anliegen der ehemaligen Heimkinder, sagte die Ausschussvorsitzende Kersten Naumann (Die Linke). Die besondere Bedeutung zeige sich auch in der Anwesenheit des Parlamentspräsidenten. Lammert hob die Einmaligkeit hervor, mit der das Thema vom Parlament aufgegriffen worden sei. Es wäre zu rechtfertigen gewesen, so Lammert, das Begehren der ehemaligen Heimkinder an die eigentlich zuständigen Länder weiterzureichen. Dass der Ausschuss dies nicht getan habe, verdeutliche die hohe Wertschätzung dieses Anliegens. Mit dem Runden Tisch schaffe man ein Format, das dem äußerst komplizierten Sachverhalt entgegen komme. Der "ZÄHE" Prozess, der aus Sicht vieler Betroffener sicher viel zu lange gedauert habe, habe sich gelohnt, so Lammert. Das Ergebnis werde dem Anliegen und Bedeutung gerecht!!

Frau Von der Leyen versucht, berechnete Entschädigungsforderungen von Heimkindern, die oft aufs Übelste zugerichtet, oft Wochen in Dunkel- und Isolationshaft verbrachten, die oft rund um die Uhr psychischem Terror ausgesetzt waren, denen man Bildung oder Ausbildung versagte, die man zur Zwangsarbeit ins Moor geprügelt hat, zu verhindern.

Sprecher:
Helmut Jacob
Am Leiloh 1
58300 Wetter
www.gewalt-im-jhh.de

Pressesprecher:
Klaus Dickneite
Tel.: 0511 514951
Tel.: 0173 6220200
e-mail kdickneite@t-online.de

- 2 -

Viele dieser ehemaligen Kinder und Jugendlichen, darunter auch körperbehinderte und/oder geistigbehinderte, sind heute Wracks. Ihr Leben wäre völlig anders verlaufen, wären sie nicht der Willkür von Kirche, Staat und Fürsorge und den Mißhandlungen ausgesetzt gewesen.

Dabei haben alle Aufsichtsorgane in ihrer Aufsichtspflicht versagt und damit diese Verbrechen gefördert. Hier hat die Gesellschaft eine Schuld auf sich geladen, die erst jetzt und in den kommen 10 Jahren im vollem Ausmaße sichtbar wird. Viele Geschundenen trauten sich 40, 50 Jahre nicht, über ihr Leiden zu sprechen, weil man sie oft - übrigens auch von staatlichen Stellen - als Lügner diffamierte und dies heute noch tut.

Die Forderungen der Opfer sind völlig berechtigt: Aufrichtige Entschuldigung, Entschädigung für Zwangsarbeiten, Nachzahlung der unterschlagenen Rentenbeiträge, Taschengelder, Bekleidungsbeihilfen und eine Entschädigung für ihr verpfushtes Leben.

Darum, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, appellieren wir an Sie:

Verhindern Sie mit Ihrem Veto, dass den Opfern erneut Gewalt, Erniedrigung und Verhöhnung angetan wird. Rufen Sie Frau Von der Leyen zurück und geben Sie ihr den klaren Auftrag, der nur darin bestehen kann, die Opfer anzuerkennen und ihnen medizinisch, therapeutisch und auch finanziell zu helfen, damit sie wenigstens ihren Lebensabend in etwas mehr Würde erleben können.

Mit freundlichen Grüßen



(Helmut Jacob)
Sprecher

Frau Ministerin
Ursula von der Leyen
z. K.